

Umfassende Reformen im Bankensektor sind positiv zu bewerten

Die 2014 beginnende Wirtschaftskrise der Ukraine hatte signifikante Auswirkungen auf den Bankensektor. Im Zuge dessen ist die Kreditvergabe drastisch zurückgegangen. Unserer Analyse zufolge trugen sowohl die Angebotsseite als auch die Nachfrageseite zu diesem Rückgang bei.

Gleichzeitig hat die Nationalbank umfassende und tiefgreifende Strukturreformen im Bankensektor begonnen. Dadurch ging in den vergangenen Jahren die Zahl der aktiven Banken um mehr als 60 zurück; die meisten dieser Institute befinden sich nun im Abwicklungsprozess.

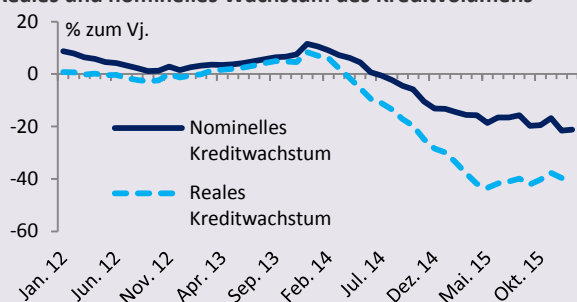
Unserer Ansicht nach gibt es keine Alternative zu diesen Maßnahmen; wichtig ist es nun, diesen Prozess zügig abzuschließen, damit das Vertrauen in die Banken wiederkehrt und die Kreditvergabe wieder anspringt. Einen transparenten Bankensektor zu schaffen, in dem die Kreditvergabe nach soliden Geschäftsprinzipien erfolgt, wird der gesamten ukrainischen Wirtschaft helfen, sich von der Krise zu erholen. Darüber hinaus wird es auch die Basis für ein nachhaltiges und langfristiges Wirtschaftswachstum bilden.

Hintergrund: Wirtschaftslage und Kreditvergabe

2014 begann in der Ukraine eine schwere Wirtschaftskrise. Im selben Jahr fiel das BIP real um 6,6%; 2015 war ein weiterer realer Rückgang von 9,9% zu verzeichnen. Im April 2015 schoss die Inflationsrate auf über 60% im Vergleich zum Vorjahr und die Hrywnia wertete gegenüber dem US-Dollar um 70% gegenüber Anfang 2014 ab.

In Anbetracht dessen war der drastische Rückgang in der Kreditvergabe der Banken wenig überraschend. Das nominale Kreditvolumen fiel in 2015 um mehr als 20% im Vergleich zum Vorjahr, real (nach Inflationsbereinigung) bedeutete dies einen Rückgang um 40%.

Reales und nominelles Wachstum des Kreditvolumens



Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf Daten der Nationalbank
Anmerkung: Reale Änderungen auf Basis des Verbraucherpreisindex, Bereinigung nomineller Änderungen um Wechselkurseffekte, aber nicht um die Anzahl der abgewickelten Banken

Positiv zu bewerten ist, dass dieser massive Rückgang in der zweiten Jahreshälfte 2015 anscheinend aufhörte und somit auf eine Bodenbildung hindeutet.

Rückgang in der Kreditvergabe: Mögliche Ursachen

Was könnte diesen Einbruch in der Kreditvergabe erklären – liegt es an mangelnder Nachfrage oder Angebot oder an beidem? Die Nachfrageseite trug sicherlich dazu bei, da aufgrund der schweren Rezession die Kreditnachfrage insgesamt zurückging. Letzteres wurde durch einen Rückgang der realen Kreditzinsen während der Krise signalisiert.

Nichtsdestotrotz spielen angebotsseitige Faktoren eine große Rolle. So legen die Ergebnisse der durch die ukrainische Nationalbank (NBU) durchgeführten Kreditumfragen eine allgemeine Verschärfung der Kreditvergabekonditionen durch die Banken nahe.

Ein weiterer Aspekt ist der geldpolitische Kurs der NBU. Diese war gezwungen, eine restriktivere Geldpolitik u.a. durch die Erhöhung der Leitzinsen während der Krise zu verfolgen. Dennoch war die Geldpolitik zusammen mit anderen administrativen Maßnahmen letztlich hilfreich, die fragile Situation am Devisenmarkt und im inländischen Finanzsektor zu stabilisieren. Da die Banken große Mengen ihrer liquiden Mittel verzinslich bei der NBU halten, können sie signifikante Zinseinkommen generieren. In den letzten Jahren war zwar ein Rückgang bei den privaten Kundeneinlagen zu beobachten. Bedenkt man jedoch die hohe Liquidität, die den Banken zur Verfügung steht (über 100 Mrd. Hrywnia), scheint letzteres nicht hauptverantwortlich für den Einbruch in der Kreditvergabe zu sein. Der Rückgang dieser Einlagen scheint eher auf einen allgemeinen Nachfragerückgang nach Bankendienstleistungen hinzudeuten.

Unserer Ansicht nach ist das mangelnde Eigenkapital der Banken einer der wichtigsten Gründe für den Rückgang der Kreditvergabe. Tatsächlich ist das gesamte Bankensystem nicht ausreichend kapitalisiert und liegt damit auch weit unterhalb der regulatorischen Norm (d.h. die Quote zwischen regulatorischem Eigenkapital und risikogewichteten Aktiva liegt unter 10%); einzelne Banken weisen sogar negative Quoten auf. Dieser Kapitalmangel wurde zwar bereits angegangen (so wurde das Eigenkapital in den Jahren 2014 und 2015 um ca. 130 Mrd. Hrywnia erhöht), dennoch müssen noch weitere Bemühungen erfolgen.

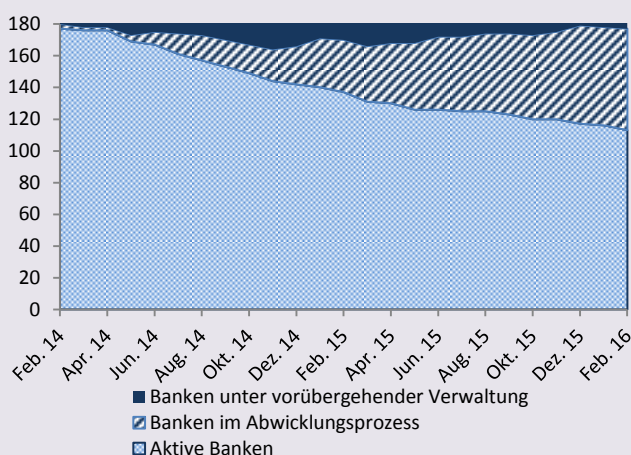
Allerdings würden vermutlich auch kapitalstarke Banken unter der derzeitigen Rechtslage keine größeren Kredite vergeben, da keine angemessene Rendite gewährleistet ist. Laut Daten der Weltbank können

sogar abgesicherte Gläubiger (also Banken, die Sicherheiten in Höhe der zugrundeliegenden Kredite haben) nur 8,3 Cent pro geliehenem US-Dollar am Ende eines Insolvenzverfahrens zurückerlangen. Folglich bieten selbst ausreichende Sicherheiten keinen Schutz vor einem de-facto Totalverlust, was eindeutig auf Mängel bei den Rechten der Gläubiger hinweist.

Strukturreformen im Bankensektor

Im Bankensektor sind nun massive Veränderungen zu beobachten – die Anzahl der aktiven Banken verringerte sich von 177 auf 113 innerhalb der letzten zwei Jahre. Demzufolge befinden sich nun 64 Banken im Abwicklungsprozess, nachdem Verstöße gegen regulatorische Normen festgestellt wurden.

Anzahl der Banken



Quelle: Nationalbank

Entscheidender Grund für dieses "Aufräumen" durch die Aufsichtsbehörde, sprich die NBU, ist die Erkenntnis, dass die aus dem Verkehr gezogenen Banken nicht mehr ihrer angemessenen Funktion nachgekommen sind, sondern intransparenten und nicht nachvollziehbaren Geschäftstätigkeiten wie z.B. der Kreditvergabe an nahestehende Dritte nachgingen. Dies wiederum impliziert Risiken für Gläubiger und Steuerzahler, die in dem Fall, dass die (oft unbekanntenen) Bankeigentümer sich aus der Verantwortung stehlen, die Kosten tragen müssen. Gleichzeitig verhindern derartige Geschäftspraktiken eine angemessene Risikodiversifizierung in den Kreditportfolios der Banken. Außerdem verhindert es den Wettbewerb im Realsektor, da kleine und mittelständische Unternehmen mit großen, finanziell besser gestellten und vernetzten Organisationen in unfairer Weise konkurrieren müssen. Schlussendlich würde ein derartiges, dysfunktionales Bankensystem die nachhaltige Wirtschaftsentwicklung des Landes verhindern. Daher liegt die NBU mit den umfassenden Strukturreformen richtig.

Politikempfehlungen

Die 2014 begonnene Wirtschaftskrise hat den Bankensektor stark beeinträchtigt und zu einer Verschlechterung seiner wesentlichen Kennzahlen geführt. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen finden nun massive Umstrukturierungen statt. Diese Veränderun-

gen, die innerhalb der ukrainischen Wirtschaftsreformen eine zentrale Rolle spielen, werden durch die zuständige Aufsichtsbehörde, die NBU, verfolgt. Wichtig ist es, diesen Prozess schnellst möglich erfolgreich abzuschließen, damit das Vertrauen in den verbleibenden Bankensektor wiederhergestellt und die Kreditvergabe wieder angekurbelt wird. Daher müssen aus unserer Sicht weitere Bemühungen unternommen werden. Erstens muss die Re-Kapitalisierung abgeschlossen werden, sodass alle verbliebenen Banken bis 2018 die regulatorischen Kapitalanforderungen erfüllen. Zweitens muss die Abwicklung notleidender Kredite, deren Volumen im Zuge der Krise deutlich anstieg und damit die neue Kreditvergabe behindert, beschleunigt werden. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit zur Anpassung vieler gesetzlicher Regelungen; weitere Akteure wie z.B. das Parlament spielen dabei eine entscheidende Rolle. Gleichzeitig sollte die Umstrukturierung von problematischen Krediten (z.B. Hypotheken in Fremdwährungen) nur auf freiwilliger Basis durchgeführt werden. Es wäre kontraproduktiv, hieraus resultierende Kosten einseitig den Banken aufzubürden. Drittens muss der Vergabe von Krediten an nahestehende Dritte ein Ende gesetzt werden. Viertens müssen die Bankenaufsicht und die Regulierung für eine höhere Transparenz von Bankeneigentümern sorgen. Die seit Mitte 2015 hart erkämpfte makroökonomische Stabilität zu erhalten bleibt eine kontinuierliche und gemeinsame Herausforderung für die Politik, und auch die NBU, da nur in diesem Umfeld eine Erholung des Bankensektors möglich ist.

Autor

Robert Kirchner, kirchner@berlin-economics.com

Hinweis: Eine ausführliche Analyse der Thematik bietet das Policy Paper PP/01/2016 "Mopping up Ukraine's Banking Sector: Short-term Pain, Long-term Gain"

Download unter: www.beratergruppe-ukraine.de

Die Deutsche Beratergruppe

Die Deutsche Beratergruppe berät seit 1994 Entscheidungsträger der ukrainischen Regierung bei der Lösung aktueller Probleme in der Wirtschaftspolitik. Sie wird im Rahmen des TRANSFORM-Nachfolgeprogramms der Bundesregierung durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie finanziert.

Herausgeber

Dr. Ricardo Giucci, Robert Kirchner

Impressum

Deutsche Beratergruppe
c/o BE Berlin Economics GmbH
Schillerstrasse 59, D-10627 Berlin
Tel: +49 30 / 20 61 34 64 0
Fax: +49 30 / 20 61 34 64 9
info@beratergruppe-ukraine.de
www.beratergruppe-ukraine.de